



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Presse, Öffentlichkeit, Veranstaltungen

Pressemitteilung

09.10.2014

Löhrmann: Mit Demokratiepädagogik gegen Intoleranz und Ausgrenzung

Das gemeinsame Anliegen der Verbesserung der Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bildete den inhaltlichen Rahmen des Gesprächs zwischen der Kultusministerkonferenz und Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Kultusministerkonferenz lädt jährlich Migrantenorganisationen zum allgemeinen Gedanken- und Informationsaustausch ein.

Konkret sprachen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Runde über die Bedeutung und Perspektive einer nachhaltigen Demokratiepädagogik an Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, über Rassismus und den Umgang damit in Schulbüchern und Curricula sowie über die Erinnerungskultur und nationale Geschichts-Identitätsbilder in der Migrationsgesellschaft. Die Darstellung und Bedeutung von Migrationsgeschichte und gesellschaftlicher Vielfalt im Unterricht und in den Unterrichtsmaterialien wurde ebenfalls angeschnitten.

„Demokratiepädagogik ist eine fortwährende Aufgabe und Herausforderung für alle. Ein gemeinsames Grundanliegen ist eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Schulen, Migrantenvverbänden und Religionsgemeinschaften sowie weiteren außerschulischen Akteuren, um gemeinsam Maßnahmen der Prävention von Extremismus auch in den Schulen erfolgreich umzusetzen. Es handelt sich um ein gesellschaftliches Problem, das die Schulen nicht allein lösen können“, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann.

Hintergrund

Im Dezember 2007 wurde gemeinsam mit führenden Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund die Erklärung „Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit“ unterzeichnet. Darin wurden gemeinsame Emp-

fehlungen und Selbstverpflichtungen zur Verbesserung von Integration und zur Förderung des Schulerfolgs der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund vereinbart. Die gemeinsamen Gespräche zur Umsetzung der Erklärung finden jährlich statt.

Überdies haben die Kultusministerkonferenz und die Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund im Oktober 2013 eine „Gemeinsame Erklärung zur Bildungs- und Erziehungspartnerschaft von Schule und Eltern“ verabschiedet. Beide vereinbaren in der Erklärung konkrete Maßnahmen, mit denen Bildungs- und Erziehungspartnerschaften an den Schulen gefördert und umgesetzt werden können. Eine erste Einschätzung zur Umsetzung dieser Erklärung ist für das Gespräch im Jahr 2015 vorgesehen.